



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe Mai 2019

Eine Stadt für alle statt Wohnungen für Profit!

„Sozialer Wohnungsbau lohnt sich nicht!“ heißt es aus der heimischen Wohnungswirtschaft. Das betont Herr Pankratz, Geschäftsführer der Wohnhaus. Uneigennützig und objektiv ist das nicht. Denn je mehr Mangel, umso besser lassen sich höhere Mieten durchsetzen. Mieter der Wohnhaus haben ihre Erfahrungen mit dem Service und den Methoden, an mehr Geld zu kommen. Sie kennen die regelmäßigen Mieterhöhungen.

Beim Stadtgespräch des Mindener Tageblatts am 18. März betonte Herr Pankratz, dass die Wohnhaus derzeit eine Dividende von „nur“ zwei Prozent an die Eigentümer ausschütete. Das ist beim derzeitigen Zinsniveau nicht schlecht. Er schwieg aber zur Frage, wann sich die Gewinnausschüttung erhöhen werde. Und immerhin reicht der Gewinn, um sich in Minden weiter breit zu machen und z.B. ein Geschäftshaus in der Innenstadt am Markt aufzukaufen.

Die Investitionen für Modernisierungen

und Dämmungen werden bekanntlich auf die Mieter umgelegt und damit von ihnen bezahlt. Danach bleibt die Mieterhöhung bestehen. Das ist für die Eigentümer eine Gelddruckmaschine. Bei einem solchen



Eig. Foto

Geschäftsmodell ist doch jedes Mehr an bezahlbarem Wohnraum nur störend.

Luft nach oben?

Immer wieder wird betont, dass die Mieten in unserer Stadt noch nicht das durchschnittliche Niveau von NRW

erreicht haben. Also noch viel Luft nach oben? In den Ballungszentren ist das Problem tatsächlich noch sehr viel krasser. Also abwarten, bis es hier auch soweit ist? Dieser Entwicklung muss entgegengetreten werden!

Für viele wird die Wohnungssuche in Minden immer schwieriger. Insbesondere kleine Wohnungen fehlen. Und das treibt wiederum die Mieten hoch.

Wohnberechtigungsscheine für Sozialwohnungen werden immer wertloser. Denn mit deren Zahl geht es rapide bergab.

In Minden aber ist die Zahl der Bezieher von ALG II hoch. Die Anzahl der Rentner, die ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können, wird aufgrund der wachsenden Altersarmut noch steigen.

Es gibt viele Niedrigverdiener. Fast die Hälfte der Stellen der Arbeitsagentur sind

Fortsetzung auf Seite 2



Ostermarsch OWL; eig. Foto

Der Ostermarsch Ostwestfalen-Lippe am 20. April in Bielefeld konnte in diesem Jahr mit 1.500 Teilnehmenden ein Rekordergebnis verzeichnen. Mehr Menschen sind beunruhigt über die Aufrüstung und die geschürten Spannungen mit Russland.

Großen Raum nahm der Protest gegen die Kündigung des INF-Vertrages (Verbot landgestützter Atomraketen mit mittlerer Reichweite in Europa) durch die USA und deren Duldung durch die Bundesregierung ein. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, dem Abkommen der Vereinten Nationen zur Abschaffung aller Atomwaffen beizutreten, was sie bislang verweigert.



Wittloge, Eig. Fotos



Die Bundeswehr will das Truppenübungsgelände in Hille ausbauen und intensiv nutzen. Mit vermehrten Schießübungen, Sprengübungen und Hubschrauberlandungen der Heeresflieger aus Bückeburg. Das bedeutet enorme Lärmbelastigungen der Bevölkerung im Umland. Auch Minden wird vom Hubschrauberlärm nicht verschont werden.

Die Reaktivierung von Übungsgeländen gehört zur allgemeinen Aufrüstung. Angestrebt wird, die Ausgaben für Rüstung auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung zu steigern. Das wäre eine Verdoppelung der Ausgaben. auf dann 80 bis 85 Milliarden Euro.

Wenig bekannt ist: Russland hat seine Ausgaben gesenkt. Im Jahre 2017 auf 55,3 Milliarden Dollar. Die NATO gibt mit 987 Milliarden Dollar etwa 17 mal so viel für Rüstung aus.

Fortsetzung von Seite 1

Leiharbeitsplätze und gehören damit zum Niedriglohnssektor.

Wohnen zur Miete ist heute zum Armutsrisiko geworden.

Kommunaler Wohnungsbau!

Inzwischen wird die Forderung nach kommunalem Wohnungsbau an vielen Orten unseres Landes gefordert. Auch die Gewerkschaft ver.di fordert ihn. In Minden ist diese Forderung inzwischen nicht mehr nur von der DKP zu hören.

Offenkundig ist: weder „der Markt“ noch „Investoren“ werden es richten. Die kapitalistische Profitlogik - genannt der „Markt“ - bedient nur die zahlungskräftige Nachfrage. Danach lohnen sich nur Luxuswohnungen und teure Modernisierungen zum Hochtreiben der Mieten.

Grund und Boden in städtische Hand!

Die zweite wichtige Forderung, die inzwischen auch häufiger zu hören ist, lautet: Die Stadt darf künftig keine Grundstücke

mehr verkaufen! Sind die Grundstücke erst einmal verhöckert, helfen die schönsten Auflagen nichts.

Gute Beispiele

In Ulm hat die Stadt die Kontrolle über alle Neubaugebiete. Denn dort kann faktisch nur von der Stadt selber Bauland erworben werden. Und wer die Auflagen nicht einhält, muss an die Stadt zurückverkaufen. Es geht also.

Übrigens: Geld für städtischen Wohnungsbau wäre vorhanden. Es muss nur nicht in eine überdimensionierte Multihalle gesteckt werden.

Vorteile von einer städtischen Wohnungsgesellschaft hätten alle Mieter, wenn diese das Ziel verfolgt, die Mieten in unserer Stadt niedrig zu halten.

Ein Blick nach Wien beweist: Wenn Grund und Boden und Bauen in städtischer Hand sind, können alle Mieten der Stadt niedrig gehalten werden!

Dauerhaft soziale Mieten sind prinzipiell möglich. Nur der Anspruch auf Profit verhindert das.



Aus: UZ vom 5.4.2019
(Rudi Denner / r-mediabase.eu)

Am 6 April gingen mehr als 100 000 Menschen in vielen bundesdeutschen Städten auf die Straßen und Plätze: Gegen den Mietenwahnsinn, gegen die ständigen Mietsteigerungen, für die Forderung, die großen Wohnungsbaukonzerne, die Miethale, zu enteignen.



2020: Die Mieterhöhungs-Maschine schlägt zu

Eines ist der Mietspiegel nicht: Ein Schutz der Mieter vor Mieterhöhungen. Er ist lediglich eine Orientierungshilfe. Die es aber in sich hat.

In die Erhebung eines Mietspiegels gehen nur die Neuvermietungen der letzten vier Jahre ein. Auch wenn sie gar nicht gerechtfertigt waren.

Nicht berücksichtigt werden die Bestandsmieten, die in der Regel günstiger sind.

Bei Neuvermietungen erfolgt stets eine Erhöhung. Und die wird dann im Mietspiegel als allgemeine Richtschnur verkündet. Das ist dann eine Einladung an alle Vermieter, sich daran zu orientieren



Kreative Mietpreisgestaltung: Parkplätze separat vermieten (Wohnhaus).

und das gesamte Mietenniveau nach oben zu treiben.

Derzeit wird der neue Mietspiegel für Minden erarbeitet. Er wird ab 1. April 2020 gelten.

Und schon jetzt ist absehbar, welche Folgen er haben wird. Der Vertreter der Hauseigentümer von Haus und Grund, erwartet eine Steigerung der Durchschnittsmiete um 15 Prozent, der Vertreter des Mietervereins einen zweistelligen Betrag.

Es wird Zeit, diese Praxis zu beenden und den Mietspiegel anders zu berechnen. Er muss sich nach den Bestandsmieten richten.



Für eine neue Gemeinnützigkeit

Bis 1990 trugen vor allem gemeinnützige Gesellschaften den Wohnungsmarkt. Gemeinnützigkeit hieß, dass die Gewinne begrenzt waren und wieder in den Bau von Wohnungen flossen. Sie erhielten dafür staatliche Förderung und steuerliche Vorteile.

Das wurde 1990 abgeschafft. In der Folge verschlechterte sich das Wohnungsangebot, der soziale Wohnungsbau ging zurück, die Mieten explodierten.

Gebraucht wird ein Gesetz über eine neue Wohnungs-Gemeinnützigkeit. Damit Wohnungsgesellschaften von Steuern befreit werden können, solange sie die Mieten billig halten. Wenn dann noch die Grundstücke überlassen und zinslose Darlehen gewährt werden, können Mieten von 4,50 Euro pro Quadratmeter erreicht werden.

Das würde zudem zu enormen öffentlichen Einsparungen beim Wohngeld und den Kosten der Unterkunft führen.

Sozialer Wohnungsbau

Die Bedingungen für sozialen Wohnungsbau müssen geändert werden. Bislang sind die sozialen Verpflichtungen nur zeitlich begrenzt.

Die Folgen erleben wir derzeit, weil immer mehr Wohnungen aus diesen Verpflichtungen herausfallen. Dann können die Wohnungen frei vermietet oder verkauft werden.

Für einen sozialen Wohnungsbau, der diesen Namen verdient, müssen diese sozialen Bindungen dauerhaft sein.



Für die einen ein wunderbares Geschäftsmodell...

Beim Stadtgespräch des Mindener Tageblatts gab es Einblicke in das Geschäftsgebaren von Miethaien, die auch in Minden aktiv sind.



Eigenes Foto

Es handelt sich um eine ehemals landeseigene Wohnungsgesellschaft, die inzwischen privatisiert worden ist. Nicht schwer zu erraten, dass es sich um die LEG handeln muss.

Seit der Privatisierung gibt es keinen Ansprechpartner, keinen Hausmeister mehr vor Ort. Nur eine Telefonnummer. Und ob der Fahrstuhl kaputt ist, der Strom oder die Heizung im Winter aus-

fällt - erreicht wird nur ein Anrufbeantworter. Und nichts passiert.

Für dieses Geschäftsmodell ist auch die Vonovia bekannt. Mit 347.000 Wohnungen der größte Miethai auf dem Wohnungsmarkt. Sie hat auch in Minden Wohnungen.

Vonovia hat das Geschäftsmodell noch perfektioniert: Sie gründete eigene Service-Gesellschaften. Mit dieser Konstruktion können überhöhte Nebenkosten ganz legal abgerechnet werden. Die Abrechnungen der Nebenkosten gelten als schwer

durchschaubar.

Für die Großaktionäre dieser Gesellschaften lohnt sich das Geschäft.

Vonovia konnte im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn von 1,07 Milliarden Euro einfahren.

Laut Deutschem Mieterbund sind die Gewinne zu 66 Prozent, also zu zweidrittel auf Mieterhöhungen durch Modernisierungen zurückzuführen. ★

Multihalle - Vorsicht Falle!

Die von der Stadt in Auftrag gegebene Studie zur Machbarkeit einer neuen Multihalle kam zu einem eindeutigen Ergebnis: die Stadt müsse dann jährlich 1,6 Millionen Euro zuschießen. Die Halle wird also zu teuer.

Selbst wenn alle GWD-Spiele dort stattfinden und alle beteiligten Betriebe ihre Betriebsfeste und Betriebsversammlungen dort abhalten und die Kulturveranstaltungen von der Kampa-Halle dorthin verlagert werden, wird sie sich nicht rentieren.

Doch nicht alle wollen sich damit zufriedengeben. Nun taucht die Idee auf, sie zusammen mit einigen Firmen zu betreiben. Das nennt man ein Private-Public-Partnership-Modell. (PPP; Öffentlich-private Partnerschaft) Es gibt an vielen Orten damit Erfahrungen. Keine guten.

Die Verträge sind so gestrickt, dass schlussendlich immer die Städte oder Gemeinden den Kürzeren ziehen.

- An der Erarbeitung der Verträge verdienen diverse Beratungsfirmen gut.
- Die Verträge unterliegen der Geheimhaltung.
- Neben dem städtischen Zuschuss fallen verborgene Nebenkosten an. Die privaten Investoren hingegen können Steuern sparen.
- Und bei Insolvenz muss die Stadt die Folgen tragen.

Auch einzelne Landesrechnungshöfe, Haushaltsausschüsse in Landtagen und Kommunen kamen immer mehr zur Einsicht, dass PPP zum Nachteil der öffentlichen Hand ist. ★



Eigenes Foto

Wem gehören LEG und Vonovia?

Große Vermögensverwalter sind an ihnen beteiligt.

Auch der größte dieser Sorte ist dabei: BlackRock. Bei ihm muss man schon 50 bis 100 Millionen Euro einzahlen, um mitmachen zu können. Hier wird das Vermögen der Superreichen dieser Welt vermehrt.

BlackRock setzt sich das Ziel, „die Erwartungen unserer Kunden zu übertreffen.“ Damit sind die Superreichen gemeint, die dort ihr Geld „anlegen“.

Werden die Profitziele nicht erreicht, wird das Management schon mal vorgeladen und eingenordet.

Die Profitansprüche dieser „Investoren“ stehen unserem Recht auf Wohnen entgegen. ★



www.abruستن.jetzt

Gegen das EU-Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber. Für ein soziales und friedliches Europa der Völker!

Im EU-Wahljahr 2019 feiert sich die EU als Garant des Friedens und einer sozialen und lebenswerten Zukunft.

Es ist aber offenkundig, dass die EU diese Aufgaben nicht erfüllt.

Die EU steht für Armut

Mit der Realität sehr vieler Menschen in Deutschland und in den anderen EU-Ländern hat das nichts zu tun: Billiglöhne, Armutsrenten, unbezahlbare Mieten und Gesundheitskosten prägen den Alltag.

Gleichzeitig stecken sich Superreiche und die Eigentümer der Banken und Konzerne mit Hilfe der EU Milliarden Euro in die eigenen Taschen. Die EU ist für sie ein Steuerparadies.

Die EU steht für Sozialkürzungen per Schuldenbremse, Privatisierung öffentlichen Eigentums und die finanzielle Erdrosselung der Kommunen.

Denn darum geht es: Die EU sichert den Banken und Konzernen erweiterte Einflussmöglichkeiten.

Die DKP sagt: Schuldenschnitt statt Schuldenbremse! Die Banken und Konzerne müssen zahlen!

EU = Aufrüstung

Im Lissabon-Vertrag ist im Artikel 42 die Pflicht zur ständigen Aufrüstung festgelegt. Inzwischen hat die EU einen eigenen Rüstungsetat.

2017 wurde ein zusätzliches Militärbündnis PESCO gegründet. Mit ihm wird die Aufrüstung der EU vorangetrieben.

Die führenden EU Länder Deutschland und Frankreich rufen nach einer EU-Armee.



**Am 26. Mai
DKP wählen!**

Die Spannungen gegenüber der Russischen Föderation und der Volksrepublik China werden verschärft. Die NATO rückt an die Grenzen Russlands vor. All das ist brandgefährlich und birgt die Gefahr eines Krieges.

**Die DKP sagt:
Deutschland raus aus der NATO!
Keine EU-Armee!
Frieden mit Russland!**

Die Stimmabgabe für die DKP ist ein Votum für grundlegende Änderungen in Europa, ein Zeichen.

Veränderungen werden dann möglich sein, wenn noch mehr Menschen selbst aktiv werden, gegen Aufrüstung und Krieg, gegen Sozial- und Demokratieabbau. ★

Das Programm der DKP von 2006 formuliert:

„Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen.

Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union könne ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden.

Nur ein Europa, das gegen den Neoliberalismus und für den Frieden in der Welt arbeitet, würde das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändern.

Dazu muss die Macht der Transnationalen Konzerne gebrochen und müssen die Kämpfe auf nationaler und europäischer Ebene miteinander verbunden werden.“ ★



Raus aus der NATO!

Frieden mit Russland!



DKP **Minden**
dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden

